

# Niederschrift SchBA/VIII/05

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 05.10.2011 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

## **Anwesend waren:**

### Der Ausschussvorsitzende

Steindorf, Ralf

### Die Ausschussmitglieder

Espelkott, Tobias

Vertreter für Josefa Fleige-Völker

Isfort, Mechthild

Vertreterin für Manuel Deitert

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Lembeck, Guido

Mensing, Hartwig

Schaten, Carina

Weber, Winfried

Wilde, Andreas

### Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Middelberg, Thomas

Rektor der Sebastian-Grundschule Osterwick

Kahlert, Alexander

Rektor der Antonius-Grundschule Darfeld

Müller, Josef-Karl

Rektor der Nikolaus-Grundschule Holtwick

### Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef

Bürgermeister

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Roters, Dorothea

Stellv. Fachbereichsleiterin

Bis TOP 4 ö.S.

Wisner-Herrmann, Sabine

Schritfführerin

### Als Gast zu TOP 4 ö.S.

Boland-Theißen, Dr. Mechthilde

Leiterin VHS-Coesfeld

### Die Ratsmitglieder als Zuhörer

Everding, Klara

**Es fehlten entschuldigt:**Die Ausschussmitglieder

Deitert, Manuel  
Fleige-Völker, Josefa

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Barkowsky-Pokart, Axel	Rektor der Verbundschule Legden Rosendahl
Banse, Otto	Pfarrer
Holtmann, Dirk	Pfarrer
Remke, Carsten	Pfarrer
Ring, Thomas	Pfarrer
Sander, Lothar	Pfarrer

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

## Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Steindorf begrüßte zur Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Schulen, als Gast Frau Dr. Boland-Theißen, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Ratsmitglied Everding als Zuhörerin sowie Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 26. September 2011 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

### **2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

#### **2.1 Finanzielle Auswirkungen des KiBiz-Änderungsgesetzes für die Gemeinde Rosendahl - Herr Mensing**

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies auf einen Zeitungsbericht vom heutigen Tage, wonach der Jugendhilfeausschuss des Kreises Coesfeld beschlossen habe, die Beiträge für Geschwisterkinder von Kindern im beitragsfreien letzten Kindergartenjahr ab dem 01. Januar 2012 auf 60 % festzusetzen.

Er fragte, wie sich das in diesem und im nächsten Jahr auf die Finanzen der Gemeinde Rosendahl auswirke und ob möglicherweise für die Monate August bis Dezember 2011 dadurch ein zusätzlicher Finanzbedarf entstehe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er ein Schreiben der Familienministerin Schäfer erhalten habe, in dem sie darum bitte, die Beitragsbefreiung für Kinder im letzten Kindergartenjahr komplett an die Eltern weiterzugeben. Ausdrücklich werde auch darum gebeten, dieses Schreiben an die Ratsmitglieder weiterzugeben (**Anlage I**). Laut diesem Schreiben werde durch die vom Land finanzierte Beitragsfreiheit ein voller Ausgleich für die Kommunen und Kreise geschaffen. In der Praxis sei es aber leider nicht so, dass ein voller Ausgleich erreicht werde. Deshalb habe der Jugendhilfeausschuss des Kreises Coesfeld für Geschwisterkinder eine Beitragsermäßigung von 40% beschlossen, wenn das ältere Kind im letzten Kindergartenjahr beitragsfrei ist. Der Kreis gehe bei dieser Beitragsermäßigung von einer vollen Kostendeckung aus, so dass keine höhere Jugendamtsumlage erforderlich werde. Ob durch die neue Beitragsregelung für Geschwisterkinder, die erst zum 01. Januar 2012 in Kraft treten soll, möglicherweise für die Monate August bis Dezember 2011 ein Defizit für die Gemeinde Rosendahl entsteht, werde er nach Rückfrage beim Kreisjugendamt über das Protokoll beantworten.

Antwort:

Da bis Ende Dezember 2011 die alte Geschwisterregelung gilt, wonach bei einer Beitragsbefreiung eines Kindes im letz-

ten Kindergartenjahr für das jüngere Geschwisterkind der volle Beitrag zu zahlen ist, werde für die Gemeinde Rosendahl kein Defizit entstehen.

Fraktionsvorsitzender Weber bezog sich auf das Schreiben der Familienministerin, wonach das Land den Kommunen 150 Millionen Euro zur Verfügung stelle, obwohl im letzten Kindergartenjahr nur 113 Millionen Euro an Elternbeiträgen eingenommen worden seien. Er fragte, wieso bei dieser Differenz die Landeszuwendung nicht ausreichend sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Ausgleichszahlungen des Landes nach einem Schlüssel pauschaliert gezahlt würden, so dass nicht alle Kommunen tatsächlich einen Ausgleich für die ausfallenden Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr erhalten würden.

## **2.2 LEADER- Mittel für den Generationenpark Holtwick - Herr Mensing**

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass er erfahren habe, dass die für den Generationenpark Holtwick bereitgestellten Mittel noch in diesem Jahr komplett ausgegeben werden und dies mit entsprechenden Rechnungen belegt werden müsse. Er befürchte, dass dadurch im nächsten Jahr kein Handlungsspielraum mehr bestehe, so dass nicht einmal mehr fehlender Sand oder Steine nachgekauft werden könnten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass das so nicht ganz richtig sei, aber die laut Bewilligungsbescheid für das Jahr 2011 bewilligten Mittel aus dem LEADER-Programm in Höhe von rd. 23.000 € tatsächlich komplett abgerufen werden müssten, da eine Übertragung der Mittel in das kommende Jahr nicht sicher zugesagt werden konnte. Dafür müssten geprüfte Rechnungen in Höhe von rd. 55.000 € eingereicht werden, was fast der Höhe der vorgesehenen Sachausgaben entspreche. Erst dann werde die Auszahlung der Fördermittel erfolgen. Daher seien alle Geräte und Materialien für den Generationenpark schon bestellt und teilweise auch geliefert worden und würden nun zwischengelagert. Ein Spielraum von ca. 5.000 € für das nächste Jahr bleibe aber bestehen.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, wie es mit den für das Jahr 2012 bewilligten LEADER-Mitteln in Höhe von rd. 17.000 € sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Mittel als Zuschuss für geleistete Eigenarbeit geplant seien und dazu die Stundennachweise über die Eigenleistungen eingereicht werden müssten.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte weiter, ob der dadurch für dieses Jahr höher ausfallende Gemeindeanteil im nächsten Jahr verringert werde.

Dies wurde von Bürgermeister Niehues bejaht.

Ausschussvorsitzender Steindorf bat darum, weitere Diskussionen zu diesem Thema im zuständigen Fachausschuss zu führen.

### **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses am 16. Juni 2011.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **4 Kündigung der mit der Stadt Coesfeld am 23. Dezember 1975 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule Vorlage: VIII/322**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/322 und bat Frau Dr. Boland-Theißen, Leiterin der Volkshochschule Coesfeld, um eine Stellungnahme.

Dr. Boland-Theißen erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation (**Anlage II**) zunächst die Geschichte und Philosophie der Volkshochschulen, die ein vielfältiges Angebot für alle Bürger vorhalte. Dabei wies sie besonders auf die für die Gemeinde Rosendahl entstehenden Kosten hin, die im Vergleich zu den Städten Coesfeld und Billerbeck sowie der Gemeinde Nottuln relativ niedrig seien. Sie bat die Ausschussmitglieder, die Entscheidung über die Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule mit der Stadt Coesfeld noch einmal zu überdenken. Sie sehe dies als Zeichen für die interkommunale Zusammenarbeit.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte nach dem Schwerpunkt der Rosendahler Hörer und einer entsprechenden Aufschlüsselung.

Dr. Boland-Theißen erklärte, dass der Schwerpunkt im Bereich Sprachen und EDV liege. Eine genaue Aufschlüsselung wolle sie gerne nachreichen.

Hinweis: Die Aufschlüsselung ist dem Protokoll als **Anlage III** beigefügt.

Ausschussvorsitzender Steindorf machte an dieser Stelle deutlich, dass die in der Sitzungsvorlage vorgestellten Möglichkeiten zur Vorgehensweise in jedem Fall fristgerecht wahrgenommen werden könnten, auch wenn die nächste Ratssitzung erst im Dezember stattfinde.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass der Kreis Coesfeld sogar die Auffassung vertrete, dass eine Kündigung noch bis Ende 2011 möglich sei. Eine Beschlussfassung dazu sei noch in der Ratssitzung am 01. Dezember 2011 möglich. Die Ansicht der Stadt Coesfeld zu diesem Termin kenne er nicht. Möglicherweise ergebe sich hier ein Rechtsstreit. Des Weiteren sei eine Kündigung der Vereinbarung auch noch zum Ende des Jahres 2012 möglich. Beim Verbleib im Verband ergebe sich kein Handlungsbedarf.

Als im Rahmen des HSK die Kündigung der VHS-Vereinbarung beschlossen wurde, sei er bisher davon ausgegangen, dass bei einem Austritt der Gemeinde Rosendahl aus dem Volkshochschulverband der Kreis Coesfeld eintreten werde und die entstehenden Kosten im Rahmen der Kreisumlage ausgeglichen würden. Der Kreis sehe aber offenbar hier keinen Handlungsbedarf. Bei der Inanspruchnahme der

VHS durch Rosendahler Bürger halte er es gegenüber der Stadt Coesfeld für unfair, keinen finanziellen Beitrag mehr zu leisten. Deshalb habe er in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen, auf eine Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu verzichten, wenn eine Deckelung der Kosten bis auf 4.000 € erfolge. Er habe aber Verständnis dafür, wenn zu diesem Thema in den Fraktionen noch weitere Beratungen erforderlich seien.

Dr. Boland-Theißen wies darauf hin, dass der Kreis Coesfeld seine Rechtsauffassung zur Kündigung der VHS-Vereinbarung durch die Gemeinde Rosendahl erst vor kurzem geändert habe. Ursprünglich habe der Kreis Coesfeld die Auffassung vertreten, die im Schreiben der Stadt Coesfeld vom 29. Juni 2011 dargelegt wurde.

Ausschussmitglied Lembeck verwies auf die bestehende Beschlusslage des Rates, wonach die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule mit der Stadt Coesfeld gekündigt werden solle. Er halte es für schwierig, an dieser Stelle „zurück zu rudern“. Das beste Angebot sei zu teuer, wenn man kein Geld habe. Es seien im Rahmen des HSK Kürzungen in vielen Bereichen vorgenommen worden und der Haushalt für das Jahr 2012 sei noch nicht abzusehen. Die Gemeinde habe kein Geld und auch eine Summe von 4.000 € stehe nicht zur Verfügung. Im Moment passiere nichts, wenn die Gemeinde Rosendahl aus der Vereinbarung aussteige. Die Zukunft sei noch weit weg.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass sich die SPD-Fraktion vorstellen könne, bei einer Deckelung der Kosten auf 4.000 € für zwei Jahre, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen und eine Kündigung evtl. erst im Jahr 2013 in Betracht zu ziehen.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass die bestehende Beschlusslage für die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen peinlich sei. Die Politik weise immer wieder auf die Wichtigkeit von Bildung hin und streiche aber gerade in diesem Bereich. Er sei der Ansicht, dass die Gemeinde durchaus Mittel zur Verfügung habe, die Frage sei nur, ob diese an den richtigen Stellen ausgegeben würden. Ihm seien Schlaglöcher in den Straßen lieber, als auf Bildung zu verzichten.

Rosendahl habe außerhalb der VHS kein neutrales Weiterbildungsangebot, da alle anderen Angebote durch Vereine oder Religion geprägt seien. Dem Bürger müsse aber ein neutrales Angebot gemacht werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dafür stimmen, den bestehenden Ratsbeschluss zur Kündigung der Vereinbarung mit der Stadt Coesfeld aufzuheben.

Dr. Boland-Theißen teilte mit, dass auch die Stadt Coesfeld für das nächste Jahr ein Defizit von rd. 7 Millionen Euro erwarte. Die Deckelung auf 4.000 € könne für die nächsten 2 Jahre garantiert werden, danach müsse aber noch einmal beraten werden. Sie appellierte nochmals an die Ausschussmitglieder, im Sinne der Rosendahler Bürger diese 2 Jahre abzuwarten und erst dann evtl. eine Kündigung in Betracht zu ziehen, wenn die Kostendeckelung nicht mehr greifen könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass die WIR-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und daher keinen der Beschlussvorschläge empfehlen werde. Er stellte den **Antrag**, am heutigen Tage keinen Beschlussvorschlag für den Rat zu fassen.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ sodann über diesen Antrag **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

## **5 Mitteilungen der Verwaltung**

### **5.1 Auswirkungen des KiBiz-Änderungsgesetzes auf die Beitragszahlungen der Offenen Ganztagschule (OGS)**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass nach der geltenden Beschlusslage in Zukunft für Kinder in der OGS der vorgesehene Beitrag gezahlt werden müsse, wenn sich ein Geschwisterkind im beitragsfreien letzten Kindergartenjahr befinde.

### **5.2 Teilnehmerzahlen OGS und "Schule von acht bis eins" sowie aktuelle Schülerzahlen der Rosendahler Grundschulen**

Bürgermeister Niehues berichtete über die aktuellen Teilnehmerzahlen an den außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen, die Teilnehmerzahlen an den Betreuungsangeboten der „Schule von acht bis eins“ (**Anlage IV**) sowie über die aktuellen Schülerzahlen an den Rosendahler Grundschulen (**Anlage V**).

### **5.3 Schulleitung der Sebastian Grundschule im Ortsteil Osterwick**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass für die Sebastian Grundschule im Ortsteil Osterwick inzwischen Herr Thomas Middelberg offiziell als Rektor auf Probe ernannt worden sei.

## **6 Mitteilungen der Schulleitungen**

### **6.1 Vorstellung - Rektor Middelberg**

Rektor Middelberg stellte sich zunächst noch einmal persönlich vor. Er sei 36 Jahre alt, wohne derzeit in Billerbeck, sei in Coesfeld aufgewachsen und in den letzten 5 Jahren an der Grundschule in Coesfeld-Lette als Konrektor tätig gewesen. Am 21. Oktober 2011 werde seine offizielle Amtseinführung mit einem anschließenden kleinen Empfang stattfinden, wozu er die Ausschussmitglieder herzlich einlade.

## **7 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Ralf Steindorf  
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann  
Schriftführer/in